

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist nach der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Nichtamtlicher Theil.

Der Staatsminister hat auf Antrag des Gemeindevorstandes den Municipalassessor Pasquale Foratti zum Podesta der Stadt Montagnana ernannt.

Das Finanzministerium hat die Stelle des Finanzprocurators bei der Tiroler Finanz-Procuratur dem Finanzrath bei dieser Procuratur, Dr. Anton Gröber, die daselbst erledigte Stelle eines Finanz-Rathes dem Adjunkten bei dieser Procuratur, Finanz-Rathe Dr. Eduard von Maurer verliehen.

Das Justizministerium hat den Landesgerichts-Adjunkten in Vicenza, Anton Vertagnoni, zum Rathsekretär bei demselben Landesgerichte ernannt.

Am 14. Juli 1863 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXV. Stück des Reichs-Gesetz-Blattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 57 die Verordnung des Ministeriums des Aeußeren, des Staatsministeriums, dann der Ministerien des Handels, der Polizei und des Kriegswesens v. 7. Juni 1863, über die gegenseitige Aufhebung des gegenseitigen Passirungswesens, in Folge Uebereinkommens der k. k. österreichischen Regierung mit den großherzoglichen Regierungen von Baden, Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen, mit der kurfürstlich heßischen Regierung, mit den Regierungen des Herzogthums Braunschweig und der drei herzoglich sächsischen Häuser, mit den Regierungen der zwei herzoglich Anhalt'schen Häuser, des Fürstenthums Liechtenstein, der zwei fürstlich Lippe'schen, der zwei fürstlich Reuß'schen, der zwei fürstlich Schwarzburg'schen Häuser und des Fürstenthums Waldeck, mit der Regierung der Landgrafschaft Hessen-Homburg, endlich mit den Regierungen der freien Städte Bremen, Frankfurt a. M., Hamburg und Lübeck; wirksam für das ganze Reich;

Nr. 58 die Kundmachung des Finanzministeriums v. 18. Juni 1863, über die Errichtung einer zollamtlichen Expositur am Eisenbahnhofs zu Klagenfurt;

Nr. 59 die Verordnung der Obersten Rechnungs-Kontrollbehörde vom 20. Juni 1863, womit die Allerhöchst genehmigte Gleichstellung der Rangverhältnisse der Hof- und Staatsbuchhaltungsbeamten kundgemacht wird; an die Amtsvorstehungen sämmtlicher unterstehenden Kontrollorgane;

Nr. 60 die Verordnung des Marineministeriums vom 30. Juni 1863, über die provisorische Erhöhung der für die Heimführung mittellose österreichischer Unterthanen auf einheimischen Handelschiffen entfallenden Verköstigungsgebühr; wirksam für das ganze Reich;

Nr. 61 die Kundmachung des Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft vom 2. Juli 1863, über die Belassung der Berghauptmannschaft für die Kreise Leitmeritz und Saaz in Böhmen zu Kometau;

Nr. 62 die Kundmachung des Finanzministeriums v. 3. Juli 1863, über die Aenderung in der Benennung des zugleich mit der Bezirks-Sammlungskassa vereinigten Hauptzollamtes zweiter Klasse zu Raab; wirksam für das ganze Reich.

Mit diesem Stücke zugleich wurde auch das Inhabitsregister der im Monate Juni 1863 erschienenen Stücke des Reichs-Gesetz-Blattes ausgegeben und versendet.

Wien, 15. Juli 1863.
Vom k. k. Redaktionsbureau des Reichs-Gesetz-Blattes.

Laibach, 16. Juli.

Eine gewiß eigenthümliche Erscheinung ist das Resultat der letzten zwei Sitzungen des Abgeordneten-Hauses. Nachdem nämlich dasselbe durch zwei Tage sich alle mögliche Mühe gegeben hat, ein Gesetz über ein abgekürztes Verfahren bei großen Gesetzesvorlagen zu Stande zu bringen, hat es in der letzten Stunde, nachdem schon das Gesetz votirt war, an demselben so wenig Freude gefunden, daß es bei der dritten Lesung einen Strich über das Ganze machte und es verworfen. Die Wiener Blätter sind gar nicht unzufrieden mit der Ablehnung und betrachten sie nicht als eine Niederlage der Regierung. Die „D. P.“ meint, die Ablehnung ließe sich nur durch eine Stimmung erklären, welche das Haus dominierte und die stärker war als alle praktischen Vernunftgründe, welche für ein abgekürztes Verfahren sprachen.

„In der That, als voriges Jahr der Abgeordnete Schindler einen ähnlichen Gesetzentwurf einbrachte, fand er Anklang und Unterstützung bei den hervorragendsten Mitgliedern des Hauses. Und als beim Beginne dieser Session die Regierung selbst die Sache in die Hand nahm und einen von ihr ausgearbeiteten Entwurf ins Haus brachte, waren es bloß zwei, drei Einzelbestimmungen, welche Auslöseregten. Der Gedanke selbst wurde von dem eingelegten Ausschusse akzeptirt und, wie bekannt, bei den Verhandlungen im Hause vielfach vertreten. Aber je näher man an die praktischen Mittel trat, welche aufgegeben werden sollten, die Schwerefälligkeit und Weitläufigkeit der Debatte großer und paragraphenreicher Gesetzentwürfe im vollen Hause zu mindern, um so mehr überzeugte man sich, daß die vorgebrachten Palliativ nicht ausreichend sind, wenn man nicht gleichzeitig die Rechte der Plenardebatte schmälert. Gegen diese Schmälerung sträubte sich der Sinn der Versammlung, und wie überzeugt man auch von der praktischen Selbstbeschränkung sein mochte, so wuchs der Scheu gegen die Einschränkung irgend eines parlamentarischen Rechtes mit jedem Tage. Der Vorstand sprach eben so entschieden für eine Abkürzung, als er andererseits für die Freiheit der Debatte Argumente vorführte; die Waagschale stand hier gleich, ja sie neigte sogar der ersteren zu; aber das Gefühl, das an der Verfassung zu rütteln sich scheute, wir möchten sagen, die Furcht vor dem Unbestimmten, trat hinzu und gab zuletzt den Ausschlag. Man darf unseres Erachtens das Schlusresultat des heutigen Tages nicht etwa als eine Niederlage der Regierung auffassen. Die Regierungsvorlage suchte eben auch nach einem praktischen Mittel, um dem von Niemandem in Abrede gestellten Bedürfniß angesichts der bevorstehenden größeren Gesetzesvorlagen abzuhelfen. Ihre Vorschläge wurden aber nicht als die richtigen anerkannt und der Ausschuss machte sich daher seinerseits daran, andere Mittel ausfindig zu machen. Das Abgeordnetenhaus stimmte in größerer oder geringerer Majorität den Einzelsätzen zu. Aber als das Ganze im Zusammenhange vor ihm stand, fand es, daß seine eigene Arbeit nicht besser als die der Regierung sei, und stimmte endlich auch gegen sich selber.

Die Sache bleibt also beim Alten; die bestehende Geschäftsordnung findet auch bei größeren Gesetzesvorlagen nach wie vor ihre Anwendung, und das Abgeordnetenhaus wird bei dem ersten Gesetzentwurfe dieser Art — der Konkursordnung — die Probe machen, wie es dabei zurecht kommt.“

Von allen Einrichtungen, welche bis zur Stunde in Oesterreich zur Verwirklichung und Sicherung der dem Lande durch die Verfassung gewährten Rechte in's Leben gerufen worden sind, schreibt die „Presse“, ist die kräftigste die Einsetzung der „Staatschulden-

Kontroll-Kommission des Reichsrathes“, und nicht bloß in der Theorie, im Gesetze ist diese Institution eine Schöpfung mustergeräthiger Art, sondern auch in der Praxis. Wie ernst und gewissenhaft die bereits eingesetzte Kommission ihre Aufgabe behandelt, davon gibt der dem hohen Abgeordnetenhaus zugegangene erste Jahresbericht ein vollgültiges glänzendes Zeugniß, welches den Mitgliedern der Kommission und unter ihnen zumal dem Berichterstatter, Abgeordneten Hofrath Dr. Tasche, zur Ehre gereicht. Es wird, wenn erst der Reichsrath diesen Jahresbericht seiner Kommission in Verhandlung ziehen und über die darin enthaltenen Anträge Beschluß fassen wird, der geeignete Moment sein, auf die höchst interessanten und zur Kritik unserer Finanzverwaltung werthvollen Einzelheiten einzugehen.

8. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. Juli.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Meserny, Lasser, Plener, Wickenburg, Burger, Hein.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wird die Zuschrift des Herrenhauses verlesen, mit welcher dasselbe dem Abgeordnetenhaus das Heimatsgesetz zur verfassungsmäßigen Behandlung übersendet. Folgt die Verlesung der Eingänge und mehrerer Petitionen, darunter eine von Langewitz um Erlaubniß zur Abreise von Josephstadt nach der Schweiz.

Minister Plener: Die Regierung beabsichtigt das Budget für 1864 in der heutigen Sitzung einzubringen. Um aber die Spezialdebatte über die Regierungsvorlage nicht aufzuhalten, wird sie dasselbe in der nächsten Sitzung vorlegen.

Es wird zur Tagesordnung: Zur Spezialdebatte über den Gesetzentwurf Betreffs der Geschäftsvereinfachung, geschritten.

Gegen §. 1 spricht Kromer. Er beantragt die Streichung der §§. 1 und 2 und deren Annahme nach der Regierungsvorlage.

Dr. Brinz meint: nicht der Umfang, sondern der Inhalt der Gesetze erfordere in sehr vielen Fällen, daß die Beratungen vereinfacht werden, um die Einheit und Harmonie der einzelnen Bestimmungen nicht zu stören. Von den in der Regierungsvorlage erwähnten Gesetzen passe auf alle dieser Grundsatz, mit Ausnahme des Strafgesetzes.

Graf Hartig schließt sich dem Antrage Kromer's an, da die Regierungsvorlage die Gesetze ausdrücklich nennt, für welche das Gesetz Kraft haben soll. Es ist besser, im Vorhinein die Gesetze im §. 1 zu spezifiziren, bei welchen die Vereinfachung einzutreten hat, da doch §. 2 der Regierungsvorlage nicht ausschließt, daß auch andere Gesetze dieser Vereinfachung unterzogen werden können.

Berichterstatter Waser vertheidigt den Ausschussantrag. Der Ausschuss sei von dem Grundsatz ausgegangen, die Autonomie der beiden Häuser so viel als möglich zu wahren. Das von Dr. Brinz angeführte Argument könne wohl nur auf Gesetzes-Kommissionen angewendet werden, aber nicht auf eine Kammer. Uebrigens sei es gerade das Strafgesetz, welches Harmonie und Einheit nothwendiger braucht, als manches andere Gesetz.

Mühlfeld beantragt die Vertagung der Abstimmung über §. 1 und 2 bis über die anderen Paragraphen abgestimmt ist, bleibt aber mit dem Antrage in der Minorität.

Staatsminister Schmerling beruft sich auf das bereits gestern Gesagte, daß die Regierung sich so viel als möglich dem Antrage Schindler's und dem Elaborate des über diesen Antrag niedergelegten Ausschusses angeschlossen habe. Im §. 1 dieses Elaborats sind die Gesetzentwürfe genannt, welche der Geschäftsvereinfachung zu unterziehen sind. Die Regie-

zung hat, sich an diesen Paragraph anlehnend, denselben ganz aufgenommen. Wenn der Ausschuss glaubt, daß von Fall zu Fall darüber beschlossen werde, ob das Gesetz in Kraft zu treten hat oder nicht, so wird die Regierung übrigens dem nicht entgegenstehen, wenn die Majorität sich dafür ausspricht.

Bei der Abstimmung werden S. 1 und 2 nach dem Ausschußantrage angenommen.

Gegen S. 3 spricht Tinti. Er glaubt, daß es zweckdienlicher sei, die Zahl der Ausschußmitglieder zu normiren, wie es in der Regierungsvorlage der Fall ist, wo jedoch das Minimum von 5 zu klein scheint. Er beantragt, daß am Schlusse des S. 3 gesetzt werde: einen Ausschuss von mindestens 9 und höchstens 15 Mitgliedern.

Herbst nennt die Beschränkung und daher das ganze Amendement zwecklos, da das Haus gewiß nie mehr als 5 Mitglieder wählen werde, wie schon aus der bisherigen Geflogenheit hervorgeht.

Tasche! schließt sich dem Ausschußantrage in dem an, was Herbst gesagt. Er habe aber andere Wünsche. Es sei notwendig, daß wenn ein umfangreicher Gesetzentwurf eingebracht wird, auch die Motive angegeben seien, was die Verathung sehr erleichtert. Er beantrage daher, daß nach dem Worte: „Gesetzentwurf“ gesagt werde: „welcher stets mit Motiven zu versehen ist.“

Nachdem Tinti und Herbst ihre Meinungen nochmals verteidigt und der Berichterstatter sich namentlich gegen Tasche!'s Antrag ausgesprochen, da derselbe ihm gar nicht in dieses Gesetz zu gehören scheine, wird zur Abstimmung geschritten und S. 3 nach dem Ausschußantrage angenommen.

Gegen S. 4 spricht Herbst. Er habe sich bereits im Ausschusse dagegen ausgesprochen, daß zwei Drittel der Mitglieder zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses notwendig sein sollen. Er führt als Analogie den Ausschuss zur Kontrolle der Staatsschuld an, der mit der Hälfte der Mitglieder beschlußfähig ist. Dies sei notwendig für den Fall, wo die Revision geschlossen und es oft vorkommen kann, daß Mitglieder abwesend und deshalb der Ausschuss nicht beschlußfähig ist. Er beantrage, daß statt zwei Drittel gesagt werde „mehr als die Hälfte“, wie in der Regierungsvorlage (wird unterstützt).

Berger spricht für den Ausschußantrag. Er glaube, das Haus werde nur solche Mitglieder in den Ausschuss wählen, welche nebst der Fähigkeit auch den guten Willen haben und stets anwesend sein werden.

Brosche für Herbst. Die Erfahrung während der letzten Session hat gelehrt, daß trotz bestem Willen Ausschussmitglieder verhindert sein können, wodurch die Ausschüsse die Beschlußfähigkeit verloren.

Demel erklärt sich für Berger, warnt das Haus, einen Beschluß zu fassen, bevor nicht ausgesprochen, ob der Ausschuss die Prerogative hat, welche ihm die Regierungsvorlage gibt.

Herbst: Es sei oft vorgekommen, daß ein fehlendes Mitglied Beschlußfähigkeit herbeiführte, wodurch die Arbeiten auf Wochen unterbrochen waren.

Bei der Abstimmung wird S. 4 nach dem Ausschußantrage angenommen.

Dr. Berger: Er habe gestern von den Vortheilen einer Prinzipiendebatte gesprochen. Erst in neuerer Zeit haben sich Mittermayer u. Robert v. Mohl für dieselbe ausgesprochen. Er stelle daher das Amendement, nach S. 4 Folgendes als S. 5 einzuschalten: „Das Haus kann zunächst beschließen, daß der Ausschuss vorerst seinen Bericht bloß über die in dem Gesetzentwurf ausgeführten und im Gesetze auszuführenden Grundsätze zu erstatten habe. Auf die Verathung des Ausschusses hierüber findet der S. (5) des gegenwärtigen Gesetzes keine Anwendung, und der vom Ausschuss erstattete Bericht ist nach der bestehenden Geschäftsordnung zu behandeln“ (unterstützt).

Berichterstatter Waser: Mittermayer und Mohl seien selbst in neuester Zeit von der Ansicht abgekommen, daß Prinzipiendebatten das Verfahren abkürzen. Und Wächter, eine allgemein anerkannte Autorität, spreche sich vollkommen dagegen aus. Uebrigens forgere der S. 23 der Geschäftsordnung dafür, denn dort heißt es, daß der Ausschuss berechtigt ist, wenn es ihm notwendig scheint eine Vorfrage an das Haus zu stellen, welche zur Debatte gelangt. (Redner schließt unter Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Berger mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Gegen S. 5 spricht Baron Ingram. Ihm scheine es für die Ausschussarbeiten hinderlich, wenn jedes Mitglied des Hauses das Recht haben soll im Ausschuss zu jeder Zeit Amendements einzubringen, weshalb er sich für die Regierungsvorlage erkläre, welche bestimmt, daß bei erster Lesung jeder Abgeordnete, bei der zweiten aber nur über Einladung erscheinen kann.

Tinti sagt: die Ausschussarbeiten seien in gewissen Stadien vertraulich, namentlich bei Schluß-Verathungen, und da sei es für die Arbeit des Aus-

schusses gewiß förderlich, wenn er seinen vertraulichen Charakter behält. Er beantrage daher, daß in der ersten Alinea zwischen den Worten „Ausschussberatungen“ und „beizuhören“ eingeschaltet werde: „mit Ausnahme der Schlußberatungen und der Abstimmung“; in der 2. Alinea, wo von dem Zeitpunkt der Ueberreichung der Anträge die Rede ist, sei statt: „vor der Schlußberatung“ zu sagen „bis zur Beendigung der zweiten Lesung“. Die Anträge werden nicht unterstützt und entziehen sich daher der Debatte.

Dr. Brinz warnt das Haus davor, die Befugnisse der Ausschüsse zu erhöhen, weil dadurch die Prerogative des Hauses geschmälert werden.

Herbst verwahrt den Ausschuss dagegen, als hätte dieser die Befugnisse des Ausschusses erhöhen wollen.

Berichterstatter Waser schildert die ganze Frage als eine unheilbare Krankheit. Die größten Autoritäten hätten keine Mittel dagegen gewußt und ihre Rezepte wiederholt gewechselt, man möge es also dem Ausschusse zu Gute halten, wenn er mit dieser Bestimmung nicht etwas Vollkommenes bietet.

Staatsminister Schmerling: Gegen die Wahl ständiger Ausschüsse werde die Regierung keinen Anstand erheben, es müssen aber dann die von der Regierung vorgeschlagenen Modifikationen (S. 6—9 der Regierungsvorlage) eintreten, welche beinahe wörtlich der Redaktion nachgebildet sind, die der Ausschuss über den Schindler'schen Antrag vereinbart hat. Man wolle die Oeffentlichkeit der Ausschusssitzungen; aber man müsse den Ausschüssen die nöthige Ruhe und Ruhe bei ihrer Beschäftigung gönnen und es müssen Zeitabschnitte eintreten, wo sie sich ganz ruhig nur auf den Kreis der Erörterung des Gegenstandes beschränken können. Man sollte wohl erwägen, ob es angezeigt sei, von der sachgemäßen, seit einer Reihe von Jahren in allen konstitutionellen Staaten bestehenden Übung abzugehen, wonach die Ausschussberatungen vertraulich sind. — Die Institution des ganzen Hauses als Comité habe die Regierung in ihrem Geschäfts-Ordnungs-Entwurfe berücksichtigt, das Haus selbst aber habe davon in der von ihm ausgearbeiteten Geschäftsordnung Umgang genommen. Die Anschauung des Dr. Herbst stimme er bei, daß man dem Hause mit Vertrauen entgegenkommen solle, aber wenn man Gesetze machen will, komme es auf die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens nicht an. Wir haben es im Laufe der ersten Session oft erfahren, daß, wenn Gesetze eingebracht oder Beschlüsse gefaßt wurden, in denen etwas Verleidendes für die Regierung erkannt werden konnte, die Redner des Hauses immer die Versicherung beigefügt haben, dem gegenwärtigen Ministerium, das sie als ein verfassungstreues erkennen, seien derlei Beschlüsse in keiner Weise gemeint, aber man wisse nicht, wer in der Folge der Zeiten die Ministerbank einnehmen werde und in der Richtung müsse sich das Haus schütten. In ähnlicher Weise steht es heute. Wenn die Regierung dem Hause gewiß mit allem Vertrauen entgegenkommt, so machen wir eben auch für die Zukunft Gesetze, daß aber bei einem ständigen Ausschusse, dem eine fast unbedingte Veröffentlichung seiner Verhandlungen zugesprochen wäre, doch denkbare Gefahren entstehen können, wird jeder umsichtige Staatsmann in Erwägung ziehen.

Bei der Abstimmung wird S. 5 nach der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu S. 6 bringt Baron Tinti, einverständlich mit Dr. Berger ein Amendement ein, dahin gehend, sobald die Schlußberatung des Ausschusses erfolgt ist, erstattet derselbe den Bericht an das Haus; eine Spezialdebatte findet statt, wenn ein besonderer Antrag einer Minorität des Ausschusses vorliegt, wenn ein Drittel der Mitglieder des Ausschusses die spezielle Verathung bestimmter Punkte im Ausschussberichte verlangt, oder wenn im Herrenhause (unterstützt von 20 Stimmen) oder im Abgeordnetenhause (unterstützt von 40 Stimmen) die spezielle Verathung beantragt wird. (Dr. Berger wünscht 15 und beziehungsweise 25 Stimmen). Abänderungs- oder Zusatzanträge dürfen nicht eingebracht werden, wenn sie nicht dem Ausschusse übergeben oder von demselben verworfen worden sind, oder in der angegebenen Weise unterstützt werden. Dem Antragsteller ist das Wort zu geben, dann erst die Unterstützungsfrage zu stellen und hierauf nach der Geschäftsordnung weiter vorzugehen.

(Das Amendement wird unterstützt.)

Abg. Dr. Schindler unterstützt den Antrag des Ausschusses zu S. 6 und entwickelt die Gründe, aus welchen er dasjenige, was er vor einem Jahre zweckmäßig fand, heute nicht mehr zweckmäßig finden könne. Einerseits solle eine Beschränkung der Funktionen eines Hauses nur aus dessen Initiative hervorgehen, andererseits habe er sich überzeugt, daß eine gewisse Redseligkeit, wie sie sich Anfangs geltend machte, nicht mehr widergekehrt sei. Offenbar habe die Regierung den Wunsch, das Zustandekommen großer Gesetze zu fördern; eine Schmälernng der

Prerogative des Hauses dürfe er bei einem Ministerium nicht voraussetzen, welches in der Geschichte der, so Gott will, ruhmreichen und glücklichsten Tage Oesterreichs unter dem Namen des Ministeriums Schmerling verzeichnet ist. Er empfehle den Ausschußantrag daher, nicht bloß dem Wohlwollen des Hauses, sondern auch jenem der Regierung.

Dr. Berger unterstützt das Amendement Tinti mit der angegebenen Modifikation.

Nach kurzer Unterbrechung erklärt der Berichterstatter, daß der Ausschuss einbellig beschlossen habe, das Amendement nicht zu empfehlen und zwar aus bereits entwickelten Gründen.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag mit Majorität angenommen. Die Amendements Tinti und Berger werden abgelehnt.

Die SS. 7, 8 und 9 werden ohne Debatte angenommen; zu S. 10 beantragt Dr. Groß die Streichung des dritten Alinea, welches nach dem Ausschußantrage lautet: Ausschüsse, die ihre Thätigkeit nach der Session des Reichsrathes oder während dessen Vertagung beginnen oder fortsetzen, dürfen aus höchstens 15 Mitgliedern bestehen.

Dr. Mühlfeld wünscht bloß die Weglassung der Worte: „während dessen Vertagung.“ (Wird nicht unterstützt.)

Dr. Prajak gegen die Zulässigkeit von Permanenz-Kommissionen, weil der Schwerpunkt der Gesetzgebung nicht in Ausschüsse verlegt werden solle, welche gewissermaßen die Erben des engeren Reichsrathes wären.

Dr. Demel wird ebenfalls gegen den Paragraph stimmen, aber nicht aus einer Differenz für das Oktoberdiplom, sondern bloß deshalb, weil dann die Ausschüsse von dem Einflusse des Hauses isolirt dastehen würden.

Berichterstatter erklärt, man wolle nicht ein Parlament aus dem Parlamente schaffen, und eben deshalb sollen die Ausschüsse, welche nach Schließung der Session fortarbeiten, nicht aus mehr als 15 Mitgliedern bestehen.

Bei der Abstimmung werden die beiden ersten Absätze mit 67 gegen 44 Stimmen, Alinea 3 mit mehr als 70 Stimmen angenommen.

S. 11 bis zum Schlusse werden ohne Debatte angenommen, es wird beschlossen, sogleich die dritte Lesung vorzunehmen.

Diese erfolgt, und wird bei derselben das ganze Gesetz mit Majorität abgelehnt.

Schluß der Sitzung 2 Uhr, nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Oesterreich.

Wien. Se. Majestät der Kaiser haben den Schwestern vom armen Kinde Jesu in Oberdöbling zum Besten ihrer wohlthätigen Zwecke ein Geschenk von 200 fl. allergnädigst zuzuwenden geruht.

— Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben dem Alterthumsvereine zu Wien für die Ueberreichung eines Exemplars seiner Publikation „Die Hofburg zu Wien 1500“ von Hrn. v. Karajan, nach Zeichnungen des Herrn Burabauptmanns Montoyer, einen Betrag von 80 fl. zur Beförderung der Vereinszwecke gnädigst angewiesen.

— Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben dem Comité für die Anfangs September d. J. in Hiezing stattfindende landwirtschaftliche und Industrie Ausstellung einen Betrag von 300 fl. zur Förderung der landwirtschaftlichen Zwecke dieser Ausstellung übergeben.

Ebenso haben Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ernst den Betrag von 100 fl. für einen Pferdepreis gewidmet.

— Aus Brünn wird gemeldet: Heute (13.) Morgens sind zehn Internirte unter scharfer Bedeckung nach Olmütz geführt worden. Sie kamen von Jglau, wo sie sich mehrere Erzeße zu Schulden kommen ließen. Ueberhaupt wird eine größere Sonderung unter den Internirten, schon was den Bildungsgrad der Einzelnen betrifft, stattfinden. Die Uneinigkeit unter den Internirten selbst hat schon in Jglau einen hohen Grad erreicht, so daß diese Maßregeln notwendig erscheinen. In Tetsch befinden sich gegenwärtig 60 Individuen, und es ist dort bis jetzt nicht der mindeste Erzeß vorgefallen. Gegen die polnische Dame, welche in Jglau einen kaiserlichen Offizier beschimpfte, ist eine gerichtliche Untersuchung wegen Wachebeleidigung anhängig gemacht worden.

— Ein vom 12. d. M. datirtes Pariser Telegramm meldet aus Ragusa, daß die Muselmänner in Dulcigno in das Konsulatsgebäude des englischen Konsuls in Scutari eingebrochen sind. Der Aufseher des Konsuls wurde getödtet, er selbst mußte sich in einem Zimmer bis zur Herbeikunft der Truppen verbarrikadiren halten.

Krakau, 15. Juli. Gestern Nachmittag hat die Polizei einen Pulvervorrath von einigen Zentnern und ein Patronenlaboratorium entdeckt und die dabei

beschäftigten Arbeiter verhaftet. Als Abends das konfiskirte Pulver auf drei Wagen abgeführt wurde, begleitete der Pöbel die Militäreskorte mit Pfeifen und bewarf die Soldaten mit Steinen. Ein Soldat, der von einem Steine getroffen wurde, gab Feuer, einige Andere folgten nach. Zwei Verwundete, worunter der Hauptzerdent — ein Fleischer, eselle — wurden bis jetzt eruiert.

Ausland.

Berlin, 13. Juli. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Mehrere auswärtige Blätter enthielten sich nicht, eine angebliche Korrespondenz zwischen Sr. Majestät dem Könige und Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen, so wie zwischen Letzterem und dem Staatsministerium theils in Andeutungen des vermeintlichen Inhalts, theils dem vorgeblichen Wortlaut nach zu veröffentlichen. Es wird sich aus nahe liegenden Gründen der Feststellung und näheren Besprechung in der Öffentlichkeit entziehen, ob und in wie weit dieser nichtswürdigen, ehrfurchtverletzenden Publikation überhaupt ein Theil von Wahrheit zu Grunde liegt; für jeden der Verhältnisse in unserem Allerhöchsten Königshause und der in demselben herrschenden Pietät Kundigen aber kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Zurechtmachung, wie die Veröffentlichung dieser angeblichen Korrespondenz nur ein Nebenstück einer unpreussischen Clique sein kann, durch welches demjenigen gerade der schlimmste Dienst geleistet wird, in dessen anscheinendem Interesse es ausgeführt ist. Die Regierung wird daher nach unserer Ueberzeugung darin nur eine neue Mahnung finden können, endlich einmal dem Treiben jener Koterie, welches sich jetzt nothgedrungen in die auswärtige Presse flüchtet, auch dort und überhaupt an allen Stellen ein Ziel zu setzen.

Paris. Am 7. Juli hatte Herr Drouin de Lhuys eine lange Unterredung mit dem nordamerikanischen Gesandten gehabt. Man wollte schon wissen, Herr Dayton habe für den Fall, daß Frankreich den Süden als Staat für sich anerkennen würde, gedroht, seine Pässe fordern zu wollen. Der „Nord“ sagt aber, so weit sei es zwischen den beiden Diplomaten nicht gekommen. Herr Drouin de Lhuys habe nur gefragt, ob neue Vermittlungsvorschläge jetzt in Washington besser aufgenommen werden würden, und die Antwort des Herrn Dayton sei verneinend ausgefallen.

Warschau, 12. Juli. Die 54 Individuen, welche in Folge der Krinolinendemonstrationen zur Strafe des Dienstes in den Sträflingskompagnien verbannt wurden — einer Strafe, die im russischen Straßkodex für die schwersten politischen Verbrechen festgesetzt ist — wurden, wie man der „Nat.“ Ztg. schreibt, nicht vor ein Kriegsgericht gestellt, sondern durch einen Nachspruch verurtheilt. Die bloße Ablieferung eines Individuums durch einen Polizeisoldaten hat zu einem solchen Urtheil hingereicht, welches auch sofort vollzogen wurde. Nach der Mittheilung, welche dem oben erwähnten Blatte zugeht, befindet sich unter den 54 abgeurtheilten Individuen auch ein österreichischer Unterthan.

Ueber die Besetzung der Hauptstadt **Mexiko** durch die Franzosen melden telegraphische Depeschen aus San Francisco vom 30. Juni auf Nachrichten aus der Hauptstadt bis zum 6. v. M. geklärt, daß die Juárez'sche Regierung mit der Garnison die Hauptstadt geräumt und sich mit Waffen und Munition nach San Luis Potosi begeben habe, wo sie den Franzosen besser Widerstand bieten zu können glaube als in Mexiko. Die Führer der liberalen Partei sandten alsbald eine Deputation an General Joray, indem sie sich erbieten, dem Kaiser Napoleon den Eid der Treue zu schwören, was die Bevölkerung so sehr empörte, daß am 5. General Bazaine mit seiner Division die Stadt besetzte, um die Liberalen gegen die Rache des Volkes zu schützen. Die ganze französische Armee wurde am 8. in Mexiko erwartet. Drei Journale sind in der Stadt gegründet worden, die der französischen Politik das Wort reden sollen.

Tagesbericht.

Laibach, 17. Juli.

Se. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ernst hat, als Protektor des k. k. priv. Schießstandes, eine namhafte Summe zum Zwecke der festlichen Enthüllung der Büste Sr. Majestät gespendet.

Die festliche Enthüllung findet am 15. August Statt. Das Festschießen beginnt am selben Tage und endet am 18. August.

Vorgestern gaben die hiesigen Rechtsanwältse dem in Pension gegangenen Vize-Präsidenten des Landesgerichtes, Herrn Oberlandesgerichtsrath Schmalz, ein Banket in der Gustav Fischer'schen Restauration und überreichten ihm dabei eine schöne silberne Tabaksdose.

Wien, 15. Juli.

Se. Majestät der König von Preußen wird morgen Karlsbad verlassen und begleitet von dem Minister Bismark über Pilsen nach Salzburg und dann nach Gastein reisen.

Die Gemeinde Szabreggen in Siebenbürgen überreichte Sr. Majestät dem Kaiser in der heutigen Audienz aus Anlaß ihrer Erhebung zur königlichen Freistadt, durch ihren Ehrenbürger L. Oskar Saffi eine Dankadresse.

Bei dem großen Praterfeste werden auch die sämtlichen Leiermänner von Wien und Umgebung mitwirken und zuerst ein Konzert mit 100 Leierkästen veranstalten, dann aber sich in alle Theile des Praters zerstreuen. (Muß schön werden!)

Herr Renz wird auf den Stadterweiterungsgründen einen neuen, den modernen Anforderungen entsprechenden Zirkus herstellen.

Ein Jubiläum ganz eigenthümlicher Art wird dieser Tage in Lerchenfeld gefeiert werden, nämlich die Feier eines 25jährigen Brautstandes. Die Braut ist 43, der Bräutigam 45 Jahre alt. Die Liebenden machten Bekanntschaft als der Bräutigam die Stelle eines Kanzlei-Praktikanten bei einer Gefällsbehörde versah; seitdem ist derselbe wohl zum k. k. Beamten, aber noch nicht in jene Gehaltsstufe avancirt, deren Erlangung das Heirathen normalmäßig zuläßt.

Der Barbier Reigels aus Semlin wird demnächst hier öffentliche Produktionen geben. Derselbe soll in 60 Minuten mit einer staunenswerthen Geschicklichkeit und Schnelligkeit 70 seit einer Woche nicht rasirte Bärte abnehmen, wozu er sich 70 Arbeiter einladet.

Sonntag den 19. d. M. findet das zweite Volkskonzert des Männergesangsvereins im Prater Statt.

Ein neuer Verein hat die Genehmigung erhalten. Seine Tendenz ist: alljährlich Schillers Geburtstag festlich zu begehen und dabei fleißige arme Schüler verschiedener Konfession mit Schiller-Gedichten und einer Geldgabe zu beschenken.

Die türkische Regierung, welche die Zahlen-Lotterie in der Türkei einführen will, hat zu diesem Zwecke über das österreichische Lotteriewesen Aufklärungen einholen lassen.

Auszug

aus dem Sitzungs-Protokolle des krainischen Landes-Ausschusses vom 10. Juli 1863.

Unter Bedachtnahme auf den in der 40. Landtagssitzung bezüglich der im Kranken- und Irrenhause vorzunehmenden Adaptirungen und Anschaffungen gefaßten Beschluß, und den einschlägigen Auftrag des Landtages wurde nach vorläufiger kommissioneller Erhebung vom Landesauschusse beschloffen, sofort die erforderliche Wäsche für den neuen Belagsraum von 71 Betten beizuschaffen, weil sich die Frau Oberin des barmherzigen Schwestern bereit erklärt hat, das Nähen dieser Wäschstücke unentgeltlich zu besorgen, wodurch eine Mehrauslage von 414 fl. 52 kr. in Ersparung kommt, diese Arbeit aber einen längern Zeitraum in Anspruch nimmt, daher sogleich begonnen werden soll.

Ebenso wurde beschloffen, die Direktion der Landeswohlthätigkeits-Anstalten anzuweisen, wegen der bereits genehmigten Einführung der Meißner-Podolska'schen Heiz- und Ventilations-Apparate den Alford unter Vorbehalt der Ratifikation des Landesauschusses abzuschließen.

Bezüglich der noch weiters beantragten Adaptirungen im Kranken- und Irrenhause wurde die schleunige Anfertigung und Vorlage der nöthigen Baupläne und Kostenüberschläge verfügt und bei dem Umstande, als durch diese Adaptirungen 6 Extrazimmer gewonnen werden, weiters beschloffen, die Direktion des Handelskranken-Vereines zur Aeußerung einzuladen, ob sie es nicht in ihrem Interesse finde, gegen Bezahlung eines Beitrages der Baukosten, eines dieser Extrazimmer bleibend zur eigenen Disposition zu übernehmen.

Mit Rücksicht darauf, daß der Bauunternehmer der im Zuge befindlichen Zubauten bereits einen mehreren Betrag in's Verdienen gebracht hatte, wurde beschloffen, ihm eine Abschlagszahlung von 6500 fl. flüssig zu machen.

Bezüglich der in den Lokalitäten des Mappen-Archives im Redoutengebäude nothwendig gewordenen kommissionell erhobenen Baulichkeiten beschloß der Landesauschuss auf Grund der Stipulationen der einschlägigen Miethverträge einige Herrichtungen mit dem präliminirten Kostenaufwande von 504 fl. 45 kr. auf den Theatersfond zu übernehmen.

Desgleichen gibt der Landesauschuss bezüglich der im Lyzealgebäude mit einem Kostenaufwande von 22.700 fl. vorzunehmenden Bauherstellungen der k. k. Landesregierung die Bereitwilligkeit bekannt, eine Quote von 4528 fl. 93 kr. auf den ständischen, rück-

sichtlich Landesfond zu übernehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß

a) bezüglich dieser Beitragsleistung und des proponirten Vertheilungsmaßstabes keinerlei prinzipielle Konsequenzen, sei es in der Richtung der Anerkennung einer Verbindlichkeit, sei es sonst in welcher Hinsicht immer für die Zukunft, abgeleitet werden; daß ferner

b) die Restauration im ganzen Umfange des erhobenen Bedarfes und ohne weitere Verschleppung, mit alleiniger Ausnahme der Herstellung des Dachstuhles, der Hohlblebe und der äußeren Verputzung, welche Objekte allein auf das Projekt der Unterbringung der Oberrealschule im Lyzealgebäude einen aufschiebenden Einfluß üben können, in Angriff genommen werde; endlich

c) daß dem Landesauschusse das Recht der Intervention bei dem Kollaudierungsakte gewahrt bleibe.

Hinsichtlich einiger in diesem Gegenstande vom technischen Baudepartement hinsichtlich der Aborte und eines Abzugkanals angeregter Bedenken, wurde die schleunigste Einvernehmung Sachkundiger beschloffen.

Die übrigen zum Vortrage gelangten Gegenstände betrafen Zutrittsanträge in Zahlungen von Grundentlastungs-Renten, Vorschläge zur Verleihung zweier Präbenden und andere Gegenstände von minder allgemeiner Bedeutung und Interesse.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Sermannstadt, 15. Juli. (Siebenbürgischer Landtag.) Zwanzig Minuten nach 11 Uhr tritt Graf Grenneville in den Landtagsaal. Die Verlesung des kais. Reskriptes wegen Ernennung des Herrn Grafen zum königl. Kommissär erfolgt in den drei Landessprachen. Graf Grenneville stellt dem Landtage den Gubernialrath Groß als vorläufigen Präsidenten vor, der sein Gelöbniß bereits abgelegt hat, er erwartet den Bericht darüber, daß auch die Landtagsmitglieder das Gelöbniß abgelegt haben, und verläßt hierauf unter Hochrufen den Saal. Präsident Groß hält eine Rede, in welcher er sich während seiner temporären Stellung dem Landtage empfiehlt. Es werden die Schriftführer bestellt und die Landtagsmitglieder legen das Gelöbniß ab. Die ungarischen Mitglieder sind (bis auf 3) noch nicht anwesend.

Nach abgehaltenem Gelöbniß wird eine Deputation entsendet, um den k. Kommissär zur feierlichen Eröffnung des Landtages einzuladen. Die Deputation kehrt zurück und meldet, daß der k. Kommissär die feierliche Eröffnung morgen Vormittag 10 Uhr vornehmen werden.

Die Sitzung wird nach 12 Uhr geschlossen.

Verona, 15. Juli. König Ferdinand von Portugal ist von Mailand kommend nach Venedig hier durchgereist.

Berlin, 15. Juli. Die „Norddeutsche Allgemeine“ berichtet: Großfürst Konstantin wird einem Gerüchte zufolge in ein deutsches Bad gehen und auf seiner Badereise Berlin berühren. Der Tag seiner Ankunft ist im Hotel der hiesigen russischen Gesandtschaft noch unbekannt.

Herr v. Bismark hat Karlsbad verlassen und wird heute Abends in Berlin erwartet.

Turin, 15. Juli. Die „Stampa“ konstatirt den günstigen Eindruck, welchen die Verhaftung der fünf Briganti in Genua macht, ein Eindruck, der sich hauptsächlich auf die Zustimmung des französischen Konsuls gründet, welche als ein Zeichen wohlwollender Dispositionen der französischen Regierung beurtheilt wird. Bis her schien die Haltung Frankreichs in Rom den moralischen Einfluß Frankreichs auf die Seite unserer Feinde zu stellen. Seit einiger Zeit hat Frankreich günstige Dispositionen gezeigt. Wenn es die Verhaftung der Briganti zum Gegenstand einer Klage machen wollte, so würde Frankreich seinen Einfluß in Italien schwächen.

Getreide-Durchschnitts-Preise in Laibach

am 16. Juli 1863.

Ein Megen	Marktpreise		Magazinspreise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	5	50	5	97
Korn	—	—	2	97
Gerste	2	15	2	72
Hafer	1	80	2	25
Halbfrucht	—	—	3	80
Heiden	2	20	2	37
Sirise	2	40	2	80
Kukuruz	—	—	3	18

Börsenbericht. Wien 15. Juli (Br. Ztg. Abbl. Mittags 1 1/2 Uhr.) Bei sehr günstiger Stimmung hoben sich 1860er Lose fast um 1 1/2%, 1839er Lose um 2%, Nordbahn-Aktien um 1%, Kredit-Aktien um 3 fl. pr. Stück. Bei den meisten der übrigen Papiere trat wohl auch eine Kursaufbesserung, aber in minderm Grade, ein. Fremde Valuten wurden um 1/2% billiger abgegeben. Geld hinreichend flüssig.

Öffentliche Schuld.				Geld		Ware		Geld				Ware		Geld		Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)																	
In österr. Währung	zu 5%	Geld	Ware	Öb. = Oest. und Salz. zu 5%	85.—	85	50	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn z. 200 fl.									
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz.		73.—	73 10	Böhmen	5 "	90.—	91.—	ÖM. mit Einzahlung.									
ditto ohne Abschnitt 1862		96.—	96.50	Steiermark	5 "	88.—	89.—	Öst. Don.-Dampfz.-Ges.	203.50	203.75							
National-Anleihen mit		95.—	95.50	Kärnt., Krain u. Küst.	5 "	86.—	88 50	Österreich, Lloyd in Triest	251.—	252.—							
Jänner-Coupons	zu 5%	82.20	82 30	Mähren u. Schlesien	5 "	87.50	88.—	Wiener Dampfz.-Akt.-Ges.	395.—	400.—							
National-Anleihen mit				Ungarn	5 "	76.50	77.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	390.—	395.—							
April-Coupons	zu 5%	82 30	82.40	Lem. Ban., Kro. u. Slav.	5 "	75.25	75.75	Österr. Westbahn zu 200 fl.	164.—	164 25							
Metalliques	zu 5%	77.—	77.20	Galizien	5 "	74.50	75.—	Österr. Westbahn zu 200 fl.	147.—	—							
ditto mit Mai-Coup.	zu 5%	77.20	77 30	Siebenb. u. Bukow.	5 "	74.50	75.—	Österr. Westbahn zu 200 fl.	147.—	—							
ditto	zu 4%	69.25	69 50	Venetianisches Anl. 1859	5 "	92.—	93.—	Österr. Westbahn zu 200 fl.	147.—	—							
mit Verlosung v. Jahre 1839		158.50	159 —	Aktien (pr. Stück).				Pfandbriefe (für 100 fl.)				Wechsel.					
" " 1854		96.25	96 50	Nationalbank		797.—	799.—	Nationalb.	103.—	—							
" " 1860 zu				Kredit-Anstalt zu 200 fl. ö. W.		195.10	195 20	bank auf	92.—	92 50							
500 fl.		102.—	102 10	R. d. Gescom.-Ges. z. 500 fl. ö. W.		646—	648.—	verlosbare	87 90	88.—							
zu 100 fl.		102.35	102.45	R. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. ÖM.		1693.—	1694.—	Ö. M. auf ö. W. verlosb.									
B. der Kronländer (für 100 fl.)		17.—	17.50	Staats-Gis.-Ges. zu 200 fl. ÖM.				Nationalb.									
Grundentlastungs-Obligationen.				oder 500 Kr.		199.50	200.—	Loose (per Stück.)				Cours der Geldsorten.					
Nieder-Österreich	zu 5%	87.75	88.—	Kais. Elis.-Bahn zu 200 fl. ÖM.		149.—	149 25	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	133.80	134 —							
				Süd.-nordb. Verb.-B. 200 "		129.75	130.—	zu 100 fl. öst. W.	92.75	93.25							
				Süd. Staats.-lomb.-ven. n. centr.				Don.-Dampfz.-G. zu 100 fl. ÖM.	93.75	94.25							
				ital. Gis. 200 fl. ö. W. 500 Kr.				Stadtgem. Dfen " 40 " ö. W.	93.50	94.50							
				mit Einzahlung.		253.—	254.—	Gstehazy " 40 "	38.—	38.50							
								Salz " 40 fl. öst. W.									